

Ergebnisprotokoll

der 8. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klima
(VIII. Wahlperiode)
am 20.06.2013

Tagungsort: Sitzungssaal 8A/B UG beim Regionalverband FrankfurtRheinMain,
Poststraße 16 in Frankfurt am Main

Beginn: 9:00 Uhr **Ende:** 9:45 Uhr

Teilnehmer: Herr Dr. Dapp, Ausschussvorsitzender

Herr Astheimer	Herr Herkströter i.V.	Herr Schindler i.V.
Herr Becker	Frau Huf i.V.	Herr Sudra
Herr Berg	Herr Lehner	Herr Dr. Sydow i.V.
Herr Geiß	Herr Podstatny	
Herr Gerfelder i.V.	Herr Röttger i.V.	

Mitglieder des Präsidiums: Herr Kündiger

Fraktionsgeschäftsführer/in: Frau Suffert

Obere Landesplanungsbehörde: Herr Dr. Beck
Frau Güss
Herr Krämer
Frau Buschkühl-Lindermann

Schriftführer: Frau Scheuermann

Tagesordnung:

1. Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klima
2. Mitteilung über den aktuellen Stand der Umsetzung des Hessischen Energiegipfels, insbesondere über den Stand der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans
3. Beschlussfassung über die Aufstellung eines sachlichen Teilplans erneuerbare Energien; hier: Ergänzung der Ausschlusskriterien - **Drs. Nr. VIII / 14.8.2**
4. Anfragen und Mitteilungen

zu TOP 1: Begrüßung und Genehmigung des Protokolls der 6. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Klima (UEK)

Der Vorsitzende des UEK, **Herr Dr. Klaus Dapp**, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht erfolgt ist.

Gegen die vorliegende Tagesordnung gab es keine Einwendungen.

Das Protokoll der 7. Sitzung des UEK wurde genehmigt.

zu TOP 2: Mitteilung über den aktuellen Stand der Umsetzung des Hessischen Energiegipfels, insbesondere über den Stand der Fortschreibung des Landesentwicklungsplans

Frau Güss berichtete, dass bezüglich der LEP-Änderung am 8. Mai 2013 die Landtagsanhörung im zuständigen Ausschuss stattgefunden habe. Am 6. Juni 2013 habe der Ausschuss der Verordnung über die LEP-Änderung zugestimmt. Das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (HMWVL) gehe nun davon aus, dass der Landtag der Verordnung in der 26. KW auch zustimmen werde.

Zum Thema DFS verwies **Frau Güss** auf die letzte UEK-Sitzung. Der RV habe zwischenzeitlich die damals noch fehlenden Daten - Vorranggebiete im Bereich des RV auf Grundlage der LEP-Änderungskonformen Variante - dem HMWVL zukommen lassen. Das HMWVL habe eine annähernde Berechnung durchgeführt mit dem Ergebnis, dass bei Berücksichtigung des größtmöglichen Maßes der anlagenspezifischen Schutzansprüche für die vorhandenen Flugsicherungsanlagen im gesamten Regierungsbezirk Darmstadt noch 2% Vorrangflächen zur Nutzung der Windenergie zur Verfügung stünden. Diese annähernde Berechnung könne jedoch die Stellungnahme der DFS keinesfalls ersetzen. Das RP vertrete weiterhin die Auffassung, dass der Empfehlung der DFS, im 15 km-Radius um Flugsicherungsanlagen generell keine Vorranggebiete für Windenergie-nutzung auszuweisen, nicht gefolgt werden kann.

Auf entsprechende Frage von **Herrn Dr. Dapp** teilte **Frau Güss** mit, in der Landtagsanhörung zur LEP-Änderung sei deutlich geworden, dass derzeit von der DFS ein Abbau bzw. Austausch der vorhandenen Flugsicherungsanlagen nicht geplant sei.

Im Laufe der weiteren Diskussion teilte **Frau Güss** mit, dass sowohl Mittel- als auch Nordhessen ohne Berücksichtigung der DFS-Problematik in die erste Offenlage gegangen seien. Da aufgrund des integrierten Regionalen Flächennutzungsplans in Südhessen sowieso eine zweite Offenlage erforderlich sei, könne man hier für die erste Offenlage ebenso verfahren. Nach der ersten Offenlage werde man sehen, welche Belange bis zur zweiten Offenlage noch eingearbeitet werden müssten. Zum Thema „Eignungsgebiete“ verwies sie auf die LEP-Änderung. Wenn diese in der vorgesehenen Fassung beschlossen werde, gebe es die

Möglichkeit der Ausweisung von Eignungsgebieten im Zusammenhang mit dem Thema Windenergie nicht.

Herr Röttger (CDU) bat um Information, wie die DFS-Belange in den vorhandenen Karten berücksichtigt wurden und darum, diese Karten den Fraktionsgeschäftsstellen zur Verfügung zu stellen.

Frau Güss erklärte, dass man in den Karten für die erste Offenlage die Belange der Flugsicherung zurückgestellt habe. In einem Gespräch mit Herrn Baron habe Frau Simon dafür plädiert, die Karten im Vorfeld nicht zu verschicken, da der RV die Flächen auf Grundlage der LEP-Änderungskonformen Variante nicht eingearbeitet habe und somit keine komplette Karte für den Regierungsbezirk Darmstadt vorliege. Für das RP-Gebiet könne man die Karten den Fraktionsgeschäftsstellen und dem UEK-Vorsitzenden zum internen Gebrauch zuschicken.

Herr Dr. Dapp bat darum, dass auf diesen Karten deutlich gemacht werde, dass es sich um ein Entwurfsstadium handele und dass die Belange der DFS nicht berücksichtigt seien.

Herr Geiß (FDP) vertrat die Ansicht, dass die DFS-Problematik nur über eine Offenlage gelöst werden könne und plädierte deshalb für einen baldigen Beginn derselben.

zu TOP 3: Beschlussfassung über die Aufstellung eines sachlichen Teilplans erneuerbare Energien; hier: Ergänzung der Ausschlusskriterien – **Drs. Nr. VIII / 14.8.2**

Herr Astheimer (DIE GRÜNEN) beantragte für seine Fraktion die Verschiebung der Beschlussfassung. Er begründete dies mit der Ungenauigkeit des Windgutachtens des TÜV Süd. Das Gutachten unterschätze insbesondere die Windhöffigkeit im Rhein-Main-Gebiet nach Aussagen des Vertreters des TÜV Süd in der öffentlichen Anhörung zum Landesentwicklungsplan im Mai. Es solle deshalb eine Nachbeauftragung an den TÜV ergehen, um eine belastbare Planungsgrundlage zu erstellen.

Herr Sudra (CDU) teilte mit, dass sich seine Fraktion heute durchaus in der Lage sehe, der **Drs. Nr. VIII / 14.8.2** zuzustimmen.

Herr Berg (SPD) informierte, dass seine Fraktion heute keine Entscheidung treffen werde. Des Weiteren bat er um Mitteilung der Flächenbilanzierung für den Fall, dass die Belange der DFS berücksichtigt würden.

Herr Röttger (CDU) kritisierte das Verhalten der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, da eine erneute Verschiebung der Beschlussfassung nicht zielführend sei. Seine Fraktion möchte heute beschließen.

Frau Güss führte aus, dass die Windpotenzialkarte des TÜV Süd für ganz Hessen in Auftrag gegeben worden sei. Es sei schnell deutlich geworden, dass es Abweichungen zu Einzelgutachten geben werde. Zwischen dem Ministerium und den RPs gebe es deshalb die Vereinbarung, dass dann, wenn in der ersten Offenlage belastbare Windeinzelgutachten vorgelegt würden, diese gegenüber der Windkarte des TÜV Süd den Vorzug erhalten und eingearbeitet würden.

Auf die Frage von Herrn Berg entgegnete sie, dass bei Berücksichtigung der maximalen Ansprüche der DFS und unter Zugrundelegung der LEP-Änderungskonformen-Variante noch 2% Vorrangfläche vorhanden sei.

Weiterhin teilte Frau Güss mit, dass das RP beide Teilplanvarianten (mit den von der RVS beschlossenen Kriterien bzw. entsprechend den Inhalten des Entwurfs zur LEP-Änderung) fertiggestellt habe und somit aus Sicht des RP in die erste Offenlage gegangen werden

könne. Wenn die die Offenlage noch in diesem Jahr stattfinden soll, müsse der entsprechende Beschluss spätestens in der RVS-Sitzung am 6. September 2013 gefasst werden.

Herr Herkströter (CDU) und Herr Dr. Dapp (DIE GRÜNEN) baten um Information, welche Chancen eine Nachbearbeitung des Gutachtens des TÜV Süd habe. Hierbei gehe es speziell darum, die Flächen im Rhein-Main-Gebiet erneut zu betrachten und zu prüfen, ob die mit 5,5 m/s Windgeschwindigkeit eingestuften Flächen nicht vielleicht doch mit 5,75 m/s eingestuft werden müssten.

Frau Güss erläuterte, dass das TÜV Süd-Gutachten in das LEP-Änderungsverfahren mit aufgenommen worden und somit das RP bei Beschluss der LEP-Änderung auch an dieses Gutachten gebunden sei. Es bestehe jedoch die Möglichkeit, im Anschreiben zur Anhörung und Offenlegung darauf hinzuweisen, dass -wie bereits ausgeführt- fachlich belastbare Windgutachten vorgelegt werden können, die dann geprüft und gegebenenfalls einbezogen würden.

Herr Dr. Dapp hält es für ungünstig, mit einer Grundlage ins Verfahren zu gehen, bei der der Gutachter selbst sage, dass diese so nicht richtig sei.

Herr Dr. Sydow (DIE GRÜNEN) appellierte an die Fraktionen von CDU und FDP, auf die Festlegung der Windgeschwindigkeit von 5,75 m/s zu verzichten.

Herr Röttger (CDU) betonte, dass man im Verfahren jetzt endlich weiterkommen müsse. Seine Fraktion könne auf die Festlegung der Mindestwindgeschwindigkeit von 5,75 m/s verzichten, wenn damit gewährleistet sei, dass man jetzt schnellstmöglich in die Offenlage gehen könne.

Auf entsprechende Frage von **Herrn Berg (SPD)** erläuterte **Herr Herkströter (CDU)**, dass bei einem heutigen Beschluss der Drs. Nr. VIII / 14.8.2 das RP jedem RVS-Mitglied ein Entwurfsexemplar des Teilplanes erneuerbare Energien zuschicken werde. Im Anschluss daran könne dann der Offenlegungsbeschluss gefasst werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, ließ **Herr Dr. Dapp** über den Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN auf Verschiebung der Beschlussfassung abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Energie und Klima stimmt dem Antrag auf Verschiebung der Beschlussfassung mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und DIE GRÜNEN, gegen die Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion mehrheitlich zu.

zu TOP 4: Anfragen und Mitteilungen

Zu diesem TOP gab es keine Wortmeldungen.

Der Vorsitzende des Ausschusses für UEK



Dr. Klaus Dapp

Die Schriftführerin

gez.: Conny Scheuermann